



Infobrief

Eisenstadt 19.06.2020

Betreff: Coronavirus (COVID-19); Finanzielle Situation der Gemeinden

Sehr geehrte Damen und Herren!

Wir haben in unserem letzten Infobrief vom 12.06.2020 (und in eigenen Presseaussendungen und Infobriefen davor) wiederholt auf die dramatische finanzielle Situation der Gemeinden hingewiesen. Mit der Unterstützung vieler Gemeinderatsbeschlüsse zur **Resolution „Rettung der Gemeindeleistungen und kommunales Investitionspaket für Arbeit und Wirtschaft“** haben wir als GVV bereits frühzeitig ein **Gemeindehilfspaket vom Bund mit einer gerechten Gegenfinanzierung eingefordert, weil der Bund die alleinige Steuerhoheit besitzt**. Wir ersuchen um weitere Resolutionsbeschlüssen in den Gemeinden!

Wie die kürzlich ergangene **Ertragsanteilsvorschau (Juli -23%)** zeigt brechen die Ertragsanteile weiter dramatisch ein. **Das Finanzministerium musste deshalb seine offensichtlich viel zu optimistisch eingeschätzten Rückgänge der Ertragsanteile vom April (siehe Gemeindeertragsanteile/Budgetvorschau 2020 NEU des Landes vom Mai 2020) revidieren, sodass auch diese prognostizierten Mittel nicht eingehalten werden können.**

Doppelt so stark wie die burgenländischen Gemeinden wird das Land Burgenland getroffen, welches selbst auch den überwiegenden Teil seiner Einnahmen aus dem Finanzausgleich bekommt. Die Abzüge für die Finanzierung der gemeinschaftlichen Aufgaben von Land und Bund (Pflege, Krankenanstalten usw.) bleibt mit einem im Vergleich zu anderen Ländern für die Gemeinden günstigen durchschnittlichen Schlüssel von 72 % Land und 28 % Gemeinden unverändert.

Das bedeutet laut internen Grobschätzungen für unsere burgenländischen Städte und Gemeinden, dass von den Einbrüchen dieser Gemeindejahreseinnahmen

- a) die Ertragsanteile der Gemeinden sogar mit 10 – 15 % betroffen sein könnten,
- b) aber auch der länderweise Topf für die BZ-Mittel nur vermindert vorhanden ist und
- c) auch das örtliche Kommunalsteueraufkommen mit 10 – 12 % (je Gemeinde unterschiedlich) einbrechen könnte.

Am wichtigsten ist und bleibt für uns daher, dass die Liquidität der Städte und Gemeinden gesichert wird. Wir müssen den laufenden Betrieb, die Personalkosten, Fuhrpark usw. finanzieren können, da die Gemeinden die Daseinsvorsorge im ländlichen Raum garantieren. Wir sind hier Systemerhalter (Kindergarten, Schule, Wasser, Abwasser,...)!

Der GVV fordert daher weiter ein Hilfspaket in 4 konkreten Schritten, weil nur so das **erkämpfte Kommunale Investitionsgesetz (KIG2020 mit 104,- Euro je EW, 50 % Förderquote)** ohne Schuldenfalle ausgelöst werden kann:

1. Sicherung der Liquidität: Die Gemeinden müssen für den laufenden Betrieb (Personalkosten, ...) Geld zur Verfügung haben.

2. Kompensation des Entfalls der Ertragsanteile und der Kommunalsteuer nach dem Verursacherprinzip: Der Bund hat die COVID-19 Lockdown Maßnahmen angeordnet und muss daher für diesen Entfall aufkommen (wie auch bei der Wirtschaft).

3. Kommunales Investitionspaket (wie nun zwischenzeitlich vom Parlament beschlossen): in Höhe von 1 Milliarde Euro (Vorsicht: Projektgenehmigung durch das Finanzministerium!);

4. Finanzierung nicht durch neue Schulden: Sowohl das neue KIG-Paket als auch die Kompensation der Einnahmefälle dürfen nicht durch neue Schulden des Bundes finanziert werden. Für die Finanzierung muss „frisches Geld“ aus einer Millionärssteuer, Abgaben aus dem Onlinehandel und aus Finanztransaktionen aufgestellt werden, weil wir sonst in Zukunft selber und in weiterer Folge unsere Jugend massiv davon belastet werden.

Wir möchten hier nochmals erwähnen, dass es im Nationalrat zum KIG 2020 einen Antrag der SPÖ mit 250 Euro je EW, ohne Gemeinde-Kofinanzierungsanteil, gegeben hat, der leider keine Mehrheit gefunden hat. Dies hätte im KIG 2020 für alle Städte und Gemeinden die 2,5fache Fördersumme bedeutet und es müsste teilweise nicht mit Fremdmitteln kofinanziert werden. Daher sind für uns die Versuche, hier vom Land eine Verdoppelung der Fördersumme zu fordern, wie das von der ÖVP Burgenland gemacht wurde, nicht nachvollziehbar. Daher werden wir als GVV weiter – gemeinsam mit dem Land Burgenland – dafür kämpfen, dass es tatsächliche Hilfspakete für die Städte und Gemeinden des Burgenlandes gibt, die diesen Namen auch verdienen und tatsächlich unmittelbar die Liquidität stärken.

Mit freundschaftlichen Grüßen

Mag. Herbert Marhold
1. Landesgeschäftsführer GVV

Bgm. Erich Trummer
Präsident GVV

Alle Formulierungen gelten auch in der weiblichen Form